Nummer 198

Mit Kurszettel

Berliner Börsen-Zeitung

Mit Kurszettel

Verantwortliche Leiter: Handelsteil W. Funk, Berlin; Politischer Teil: Dr. Paul Oestreich, Berlin; Kunst, Wissenschaft und Lokales: F. Köppen, Berlin-Friedenau.

Verantwortlich: Für den Inseratenteil H. Ronglewsky, Berlin-Charlottenburg. Verlag u. Druck: Berliner Börsen-Zeitung, Druckerei und Verlag, Ges. m. b. H., Berlin W 8, Leipzigerstr. 37.

Abendausgabe . 20 Pfennig. 70. Jahrgang Mittwoch, 29. April 1925

Die Wahrheit über den Kreditboykott.

Der Direktor der Dresdner Bank, Herr Herbert Gutmann, kabelt aus New-York, am 28. ds., das folgende:

„Auf Grund umfassender sorgfältiger Rückfragen kann ich berichten, daß die Wahl Hindenburgs dem regulären Bank- und Kreditgeschäft mit vielleicht wenigen Ausnahmen keinen Nachteil bringen wird; der Markt für deutsche Anleihen war schon seit längerer Zeit ungünstig beeinflußt durch die schlechte Placierung industrieller Anleihen und selbst der deutschen Reparationsanleihe; sobald diese wieder steigen, werden neue Emissionen möglich sein; dieses wurde mir von großen Emissionshäusern bestätigt; der politische Eindruck ist absolut nicht schlecht und Botschafter Maltzan sehr gut aufgenommen."

*

Vor der absoluten Autorität dieses großen deutschen Wirtschaftsführers, des Herrn Gutmann, werden nun hoffentlich die politischen Verhetzer der Linken, denen jetzt zur Aufrechterhaltung der Weimarer Koalition wieder jedes Mittel recht ist, die Waffen strecken. Unsere Wirtschaft hat genug Sorge. Man soll ihr das Arbeiten nicht noch durch künstliche Hervorrufung von Mißtrauen im Ausland erschweren.

Daß ein wirkliches Mißtrauen in bezug auf die weitere Entwicklung unserer internationalen Wirtschaftsbeziehungen sowohl in Deutschland wie im Ausland nicht vorhanden ist, dafür ist das Wort einer Persönlichkeit wie der des Herrn Gutmann tausendmal beweiskräftiger, als alle ellenlangen gegenteiligen Kabel der radikalen Linkspresse.

Die amerikanische Anleihepolitik unverändert.

„Deutschland werde schnell hochkommen."

Auch die heutigen Morgenblätter betonen nochmals, daß Washington entschlossen ist, in der Frage der deutschen Präsidentenwahl neutral zu bleiben. Wie „International Service" unterstreicht, ist die amerikanische Regierung wenig interessiert und wird sie auch kaum von den politischen Auswirkungen, die sich in den nächsten sechs Monaten aus der Wahl ergeben könnten, berührt. Die Zeitungen weisen darauf hin, daß Hindenburg bei der Erfüllung des Dawesplanes bestimmt die gleiche Haltung einnehmen wird, wie jeder andere Präsident. Aus Gesprächen mit Bankiers entnimmt der Vertreter der Telegraphen-Union, daß unter Hindenburg die deutschen Anleiheversuche genau so behandelt werden sollten, wie unter Marx, wenn nur Deutschlands interne Verhältnisse ruhig bleiben.

Das soll ein Wort sein!

TU Karlsruhe, 28. April.

Auf einem am Dienstagabend von der Wirtschaftlichen Vereinigung der Unternehmerverbände Badens veranstalteten parlamentarischen Abend hob Staatspräsident Dr. Hellpach bei der Begrüßung der etwa 300 erschienenen Vertreter des Handels, der Industrie und der Landwirtschaft hervor, die deutsche Nation habe ihren größten politischen Kampf durchgefochten. Jetzt gelte die Losung „Die Waffen ruhen und haben zu ruhen". Als Vertreter der Demokratie bekenne ich mich zu dem Grundsatz, daß — nachdem die Nation gesprochen hat und die Wahlkampagne beendet ist — die Wogen des politischen Kampfes zu dem Oberhaupt des deutschen Reiches nicht mehr hinaufschlagen dürfen. Es gibt nur noch eine zulässige Haltung, die Ehrerbietung. Wir grüßen in dieser Stunde das neue Reichsoberhaupt in gemeinsamer Verehrung. (Lebhafter Beifall und Zustimmung.) Der Präsident des Badischen Landtages, Dr. Baumgartner, knüpfte in seiner Begrüßungsansprache an diese Worte Hellpachs an und betonte, daß auch die Zentrumspartei, die in diesem Wahlkampf unterlegen sei, dem neuen Reichspräsidenten Ehrfurcht und Ehrerbietung entgegenbringe, wie sie sie auch dem verstorbenen Reichspräsidenten Ebert dargeboten habe.

Diese Ausführungen Hellpachs und Baumgartners werden, des glauben wir gewiß zu sein, in den weitesten Kreisen der Hindenburgwähler ein ehrliches Echo finden. Annäherung, nicht Entzweiung, soll unter Hindenburg erst recht die politische Parole sein!

Dr. Jarres an Hindenburg.

Ein Telegramm Dr. Jarres' an den neugewählten Reichspräsidenten: „In stolzer Freude über den Sieg unserer Sache bitte ich, meine herzlichsten, verehrungsvollsten Glückwünsche anzunehmen. Möge mit dem Dank des deutschen Volkes der Segen des Himmels Ew. Exzellenz auf dem hohen Amt begleiten. In deutscher Treue Dr. Jarres."

Kampfdebatte im Landtag.

Nachdem für den Aeltestenrat des Preußischen Landtages die Linke getreu der am Montag ausgegebenen Parole der Weimarer Koalition wieder den taktischen Trumpf der Auflösungsmöglichkeit ausgespielt hatte, trat das Plenum des Preußischen Landtages zusammen, um die Besprechung der sogenannten Regierungserklärung zu beginnen. Das Kabinett Braun scheint dieser politischen Aussprache, besonders dem ersten Redner, keine große Bedeutung beizumessen, denn der Ministerpräsident und einige Minister erschienen erst nach einer Stunde, aber weder das Kabinett Braun noch sonst jemand hat etwas verloren, wenn man bei diesem ersten Redner, den Sozialdemokraten Leid, nicht anwesend war: Die Rede Leids erfreute sich allgemeinster Interessellosigkeit. Das Haus verlor sich, in Gruppen zusammengestellt, in Unterhaltungen, so daß auf den Tribünen die Rede kaum verständlich war. Nur zwei Dutzend Abgeordnete, meist Fraktionsgenossen des Redners, umlagerten die Tribüne, von der herab Herr Leid die gestrige Agitationsrede Brauns in zweiter, verschlechterter Ausgabe wiederholte.

Lebhafter wurde es, als der Deutschnationale Luedecke den Sozialdemokraten, ihrem Ministerpräsidenten und besonders Herrn Severing den Spiegel ihrer Tätigkeit vorhielt. Der Beifall der Rechtsparteien und die Wutschreie der Sozialdemokraten stießen oft explosiv aufeinander, als Herr Luedecke geendet hatte, so daß man einen Fraktionsgenossen des preußischen Ministers zwei Finger in den Mund stecken sah, um einen schrillen Pfiff von sich zu geben.

Das Zentrumsabgeordnete Heß beschränkte sich auf ein paar Sätze, die vielleicht bewußt und in gewisser politischer Absicht farblos gehalten waren.

Der Deutschvolksparteiler Dr. von Campe behandelte die gestrige Braun'sche Rede so, wie sie es verdiente: mit Hohn und Ironie. Seine Verteidigung der deutschvolksparteilichen Politik und seine Angriffe gegen die Linke gruppierten sich um die Feststellung, daß die staatspolitischen Erwägungen der Linkspolitiker nicht der Erhaltung des Staates, sondern der Erhaltung der Grenzen der Weimarer Koalition dienen. Kein Wunder, daß die lärmende Entrüstung von links gegen ihn tobte. Diese Entrüstung wuchs, als der Redner auseinandersetzte, daß die ganze Politik der preußischen Linken seit Monaten darauf gerichtet ist, die wichtigsten Posten im Reiche und in Preußen festzuhalten oder zu erobern.

Die Debatte dauerte bei Schluß des Blattes fort.

Die entscheidende Abstimmung erst am Freitag nächster Woche.

Der Aeltestenrat des Preußischen Landtages beschloß am Mittwoch, die Abstimmung über die Regierungserklärung bzw. über die zu ihr gestellten Anträge nicht, wie ursprünglich beabsichtigt war, am Mittwoch, sondern erst am Freitag nächster Woche stattfinden zu lassen. Ministerpräsident Braun kann am Mittwoch nicht anwesend sein. Er wird sich aus Anlaß der Einweihung des Deutschen Museums nach München begeben und im Namen der deutschen Länder bei den Feierlichkeiten das Wort nehmen. Am Mittwoch soll eine Reichsverandstaltung und am Donnerstag eine Veranstaltung der Bayerischen Regierung stattfinden. Es wurde in der Besprechung der Einwand erhoben, daß eventuell nicht die Fristen eingehalten werden könnten für den auf den 14. Juni in Aussicht genommenen Wahltag für den Fall, daß es zur Auflösung des Landtages kommt. In diesem Falle ist mit einer Verkürzung der Fristen zu rechnen, da man auf jeden Fall an dem genannten Termin festhalten will, an dem auch die Wahlen für die Kreistage und Provinziallandtage stattfinden sollen.

— Eine zweite Denkschrift über den Personalabbau ist dem Reichstage zugegangen. Danach sind insgesamt 144 198 Beamte, Angestellte und Arbeiter abgebaut worden. Der reine Abbau beträgt somit nach dem Stande vom 1. Oktober 1923 insgesamt 24,5 Prozent. Bei den Beamten beträgt der Abbau 13,3 Prozent, bei den Angestellten 68,7 Prozent und bei den Arbeitern 38,5 Prozent.

Kleine Nachrichten.

Der Präses des Kirchenrates der evangelisch-lutherischen Kirche im Hamburgischen Staat, Prof. Dr. Krüß, ist gestern nach längerer Krankheit im 73. Lebensjahre gestorben.

*

Der permanente Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt, Sir Eyre Crowe ist im Alter von 61 Jahren gestorben. Der Dahingeschiedene war mit einer Deutschen, einer Frau von Bonin, verheiratet.

Der Reichskanzler über die Zukunft der deutschen Wirtschaft.

Bedeutsame Erklärungen zur Räumungs- und Sicherheitsfrage.

Eine Rede auf dem Industrie- und Handelstag.

In der heutigen 45. Vollversammlung des Deutschen Industrie- und Handelstages, über deren Verlauf wir nachstehend berichten, ergriff

Reichskanzler Dr. Luther

das Wort zu folgenden Ausführungen:

Meine sehr geehrten Herren!

Ich bin der freundlichen Einladung zu Ihrer heutigen Tagung besonders gern gefolgt und danke Ihnen, sehr geehrter Herr Präsident, aufrichtig für die freundlichen Begrüßungsworte. Der Deutsche Industrie- und Handelstag verkörpert in sich die gesamte amtliche Vertretung der deutschen Wirtschaft, soweit sie nicht Landwirtschaft oder Handwerk ist. Gerade an dieser Stelle über die Bedeutung der Wirtschaft für das Gesamtleben unseres Volkes mich zu äußern und einige Gedanken auszusprechen, die mir für die weitere Gestaltung der wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands von besonderer Bedeutung zu sein scheinen, ist mir Bedürfnis.

Dabei möchte ich von vornherein dem Irrtum entgegentreten, der sich verbreitet hat, nämlich dem Irrtum, als ob die Wirtschaft nur einen Teil der Kräfte umfaßt, die die wirtschaftlichen Werte erzeugen, von denen das Volk lebt.

Deutsche Wirtschaft ist für mich viel mehr die Zusammenfassung aller Hand- und Kopfarbeiter,

die durch ihre Arbeit dem deutschen Volke in seiner Gesamtheit die Lebensgrundlagen verschaffen. Deshalb ist es auch völlig unmöglich, Wirtschaftspolitik und Sozialpolitik in einen Gegensatz zu stellen. Gewiß hängt das Ausmaß sozialer Leistungen von der Leistungsfähigkeit der Wirtschaft im ganzen ab. Aber ohne fortgesetzte Verwirklichung der sozialen Grundgedanken ist eine Wirtschaft in der Form, die sie durch den Großbetrieb und durch die Entwicklung der Technik heute angenommen hat, überhaupt nicht möglich. Hier in allen Einzelheiten das Richtige zu treffen, ist sicherlich eine der schwersten, aber auch eine der bedeutendsten Aufgaben der Reichsregierung, die sie bestrebt bleiben muß, im Einvernehmen mit allen Wirtschaftskräften zu lösen.

Die Reichsregierung befindet sich der Wirtschaft gegenüber zurzeit in der Lage, daß sie den einzelnen Wirtschaftern oft mehr als hemmende und fordernde Kraft erscheint, denn als unterstützende. Das liegt in der Natur der Sache, denn in der Wirtschaft entfalten sich die Kräfte der Einzelnen, die die wirtschaftlichen Güter erzeugen, während durch das politische Leben, an dessen Spitze die Reichsregierung steht, die sonstigen Voraussetzungen des Zusammenlebens der Menschen verwirklicht werden. Ohne staatliche Sicherheit, ohne soziale Fürsorge, ohne Kulturpflege ist ein Zusammenleben der Menschen nicht möglich. All das aber kostet Geld, und das Geld muß von der Wirtschaft aufgebracht werden.

Wenn dem so ist, ist naturgemäß Voraussetzung, daß die Wirtschaft innerlich gesund, und vor allem auch, daß sie leistungsfähig ist. Wie ist es damit bestellt? Gestatten Sie mir darüber einige Worte.

Es ist nicht zu verkennen, und ich darf dies hier mit Befriedigung und Dank aussprechen, daß seit den chaotischen Zuständen der letzten Monate des Jahres 1923 Ungeheueres geleistet worden ist und sich in der gesamten Wirtschaft auf der Grundlage einer stabilen Währung und der Regelung, die das Sachverständigengutachten mit sich gebracht hat, ein wesentlicher Aufbau vollzogen hat. Gleichwohl sind wir von normalen Verhältnissen noch weit entfernt.

Die lebenswichtigsten Fragen für die deutsche Wirtschaft sind die der

Erhaltung der Produktionsmöglichkeit und der Absatzmöglichkeit.

Die Produktionsmöglichkeiten sind gehemmt auf der einen Seite durch ungenügendes Betriebskapital und auf der anderen Seite durch Produktionsbedingungen, die das Arbeiten von vornherein vielfach als unwirtschaftlich erscheinen lassen. Den Absatzmöglichkeiten nach dem Ausland steht vielfach der mangelnde Wille des Auslands entgegen, deutsche Waren zur Befriedigung über die Grenzen zu lassen, aber, soweit guter Wille vorhanden ist, verhindern die Preise in Deutschland, deutsche Waren im Konkurrenzkampf mit den ausländischen auf Auslandsmärkten abzusetzen. Für die Absatzmöglichkeit im Inland ist das größte Hindernis die geringe durchschnittliche Kaufkraft der Gesamtbevölkerung. Wenn diesen Schwierigkeiten nun ist zu Leibe gegangen werden. Und das ist auch geschehen und geschieht weiter. Dazu muß wiederum einerseits die deutsche Wirtschaft selbst in Ausnutzung ihrer großen inneren Schöpferkraft für gangen können bergehen, und zum anderen muß es gelingen, durch ein verständnisvolles Zusammenarbeiten von Wirtschaft und Verwaltung die Hemmungen zu beseitigen, die heute noch einer vollen Entfaltung der Wirtschaft entgegenstehen.

Für die Eigenbetätigung der Wirtschaft

stehen im Vordergrund die Fragen der Kapitalbildung der Stärkung des Innenmarktes, damit der Stärkung der Kaufkraft aller Schichten der Bevölkerung, insbesondere auch der für die Industrie als Abnehmern so wichtigen Landwirtschaft, deren immer stärkere Intensivierung für die deutsche Gesamtwirtschaft so von größter Bedeutung ist. Die Wirtschaft muß noch den umgekehrten Zeiten der Inflation den Weg zurück zu einer sparsam und doch jeden technischen Fortschritt ausnützenden Führung der Geschäfte finden, wobei insbesondere der Grundsatz wieder voll zu Ehren kommen muß, daß es sich bei den Kalkulationen um Sparmaßnahmen handelt. Die Notwendigkeit, andererseits auf die Verbraucher Rücksicht zu nehmen und ihre Kraft zu stärken, bedeutet nicht nur Stärkung der Kaufkraft, sondern hier liegt zugleich der Angelpunkt, um zur Bildung von Sparkapital zu kommen. Es wird auch bei Ihnen nicht auf grundsätzlichen Widerspruch stoßen, wenn ich aussprechen, daß die Bildung von Sparkapital in der Hand der Verbraucher nicht vernachlässigt werden darf, um neben der Beschaffung des notwendigen Betriebskapitals aus den Preisen auch durch Ersparnisse Betriebskapital zu schaffen. Der Wunsch, möglichst schnell wieder in den Besitz eines großen Eigenkapitals zu kommen, ist gewiß vom privatwirtschaftlichen Standpunkt aus verständlich, zumal angesichts der hohen Zinssätze für fremdes Kapital. Aber diese hohen Zinssätze hängen ihrerseits wieder zusammen mit dem Mangel an Sparkapital.

Es wird also, nachdem der produktiven Wirtschaft die notwendigsten Grundlagen durch Wiederherstellung eines Teils des eigenen Betriebskapitals zurückgewonnen sind,

ein gleichmäßiges Voranschreiten auf der ganzen Linie der Kapitalbildung der empfehlenswerteste Weg zu einer allgemeinen fortschreitenden Besserung

sein.

Die Reichsregierung ihrerseits muß der Wirtschaft Hilfsstellung gewähren. Alle Sorgen der Wirtschaft sind z. B. ja auch Sorgen der Reichsregierung. Hier kommen besonders auch solche Fragen in Betracht, bei denen es sich um die Ausbildung unseres wirtschaftlichen Nachwuchses handelt. Hierher gehört z. B. die Frage des Nachwuchses an ausgebildeten Facharbeitern.

Voraussetzung für alles ist, daß zwischen den Mächten der Politik und den Mächten der Wirtschaft ein Zustand gegenseitigen Vertrauens besteht. Die Wirtschaft muß sich überzeugt halten, daß die Reichsregierung ihr möglichstes tut, um das, was sie von der Wirtschaft fordert, so sparsam und nutzbringend wie möglich zu verwenden und dadurch auch die Last der Wirtschaft herabzusetzen. Die deutsche Regierung ist in dieser Beziehung in einer doppelten Zwangslage, weil sie außer den Bedürfnissen des eigenen Volkes auch noch

die Reparationslasten

aus der Wirtschaft herausziehen muß. Ich begrüße es mit ganz besonderem Druck, daß gerade auch auf dem Gebiet der Verteilung der Reparationslasten die Führer der Wirtschaft so wirkungsvoll mit der Regierung zusammengearbeitet haben.

Ein Hauptgegenstand der Sorge in den Wirtschaftskreisen ist zurzeit

die Belastung durch die Steuern,

und zwar nicht nur durch die Steuern des Reichs, sondern auch durch die Steuern der Länder und Gemeinden. Ich erkenne dabei an, daß die Belastung, die bisher auf der deutschen Wirtschaft gelegen hat, in vielen Einzelfällen ein unerträgliches Maß angenommen hat. Die gewiß hohe Besteuerung, die bis jetzt besteht, war aber unvermeidlich, um das Ziel der Stabilisierung der Währung durchführen, durch dessen Erreichung, wie Ihr Herr Präsident anerkannt hat, überhaupt erst die Grundlagen für einen Neuaufbau unseres Wirtschaftslebens geschaffen worden sind. Durch die neuen Steuergesetze, die jetzt nach Verabschiedung im Reichsrat beim Reichstag zur Beratung vorliegen, hofft die Reichsregierung einen erträglichen Zustand auch für die Wirtschaft zu schaffen. Ich möchte die dringende Bitte aussprechen, daß auch Sie Ihren Teil dazu beitragen, daß diese Gesetze so rasch als möglich zum Abschluß gebracht werden.

Ein weiterer Gegenstand großer Sorge der gesamten Wirtschaft ist

die Frage der Aufwertung.

Auch in dieser Frage liegen die Gesetzentwürfe der Reichsregierung den gesetzgebenden Körperschaften vor, und ich hoffe, daß ihre baldige und möglichst unveränderte Annahme der Wirtschaft die Beruhigung bringt, ohne die ein gesundes Wirtschaften nicht möglich ist.

Eine dritte große Sorge der Wirtschaft und der Reichsregierung ist

die Frage der künftigen Gestaltung der Handelsbeziehungen zum Ausland.

Im Zusammenhang damit steht die Zollvorlage, die die Zollsätze neu regeln soll, im Mittelpunkt des Interesses. Die Reichsregierung beabsichtigt, in den nächsten Tagen sich über die endgültige Gestaltung der Zollvorlage schlüssig zu werden und will ihr möglichstes tun, damit Reichstag und Reichsrat die Zollvorlage, verlangt, möglichst schnell verabschieden. Dabei wäre ich besonders dankbar, wenn die schwierigen Fragen, die zu regeln sind, recht nüchtern vom Standpunkt der realen Tatsachen und vom Standpunkt der Belange aller Schichten der Wirtschaft betrachtet und beurteilt werden. Die Dinge sind so schwierig, daß nur bei dieser Art der Bilghandlung einer Lösung näher gekommen werden kann. Reden mit vorgefaßten Meinungen, noch ausgehend vom einseitigen Interessenstandpunkt, weder mit doktrinärer Einstellung, noch mit abstrakten Deduktionen kommen wir hier weiter. Wir müssen versuchen,

einen Mittelweg zu finden, der einen gesunden Ausgleich aller Ansprüche gewährleistet.

Dies ist umso notwendiger, als unsere gesamte Außenhandelspolitik beherrscht sein muß von der Notwendig-